

Bezugspreis: Vierteljahr 18.30 M., monatlich 4.50 M. ...

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Sonntagsbeilage ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: S.W. 68, Lindenstr. 3.

Freitag, den 9. Januar 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., S.W. 68, Lindenstr. 3.

Am 10. Januar Friedensschluß.

Die Auslieferungsfrage.

Von Otto Landsberg.

Während des amerikanischen Sezessionskrieges herrschte in den Unionsstaaten starker Born gegen den Präsidenten der abtrünnigen Südstaaten, Jefferson Davis. Er erschien als der Erperräter, der Inbegriff aller Greuel der Rebellion, und der ganze Norden Amerikas hallte wider von dem stürmisch erhobenen Ruf, ihm den Prozeß wegen Hochverrats zu machen. Als die Niederlage der Südstaaten durch die Waffenstreckung des Generals Lee besiegelt war, fragte den Präsidenten Lincoln ein Freund, ob es in Erwägung aller Umstände nicht besser sein würde, Jefferson Davis über die Grenzen entkommen zu lassen. Lincoln erzählte ihm als Antwort die Geschichte eines streng abstinienten Methodistenpredigers im Westen, dem an einem heißen Tage ein Glas kaltes Wasser mit etwas Kognak angeboten wurde; er sagte, daß er den Zusatz von Alkohol durchaus nicht mißbilligen würde wenn er nur ohne sein Wissen hinzugefügt würde. Jefferson Davis fiel seiner in die Hände der Regierung der Nordstaaten, und diese kaum durch seine Gefangennahme in eine böse Verlegenheit. Karl Schurz schreibt hierüber: „Es stellte sich bald heraus, wie richtig Abraham Lincoln's Instinkt gefaßt war, als er in seiner humorvollen Weise dem Wunsch Ausdruck gab, der Anführer der Konföderation möge ohne sein Mißwissen entkommen. Als Flüchtling hätte er unferer Republik wenig Schaden zufügen können und seine Macht, daheim einen bösen Einfluß auszuüben, wäre erheblich verringert worden. Sein Prestige als Staatsmann und Volkshüter hätte so wie so unier dem gänzlichen Mißlingen des Krieges, der in dem Volke der Südstaaten so oft schmeicheleische Hoffnungen auf Erfolg erweckt hatte, gelitten; auch hätte er, während er noch am Ruder war, die abfällige Kritik bedeutender Männer der Konföderation erregt durch seinen Dankschreiben Begünstigungssystem, seine Empfindlichkeit, seine launische Zu- und Abneigung, seine Nachsicht, kurz, durch seine „Querläufigkeit“. Viele der erlittenen Mißerfolge wurden, oft nicht ganz mit Unrecht, ihm zur Last gelegt. Als Flüchtling wäre seine Bedeutung insoweit gleich Null gewesen. Aber nun war er eingekerkert, er, der große Vertreter einer „verlorenen Sache!“. Da erschien er, der im Kerker und in Ketten schmachtete, als ein Märtyrer, der für sein Volk Qual und Schande von einem erbarungslosen, rachsüchtigen Feinde erduldet. Dieser Nimbus, diese Märtyrerkrone verliehen ihm einen erheblichen Einfluß auf Verstand und Gemüt der Südstaaten. Sein etwas fragwürdiges Gelde- und Märtyrertum trug ihm die blinde Ergebenheit eines großen Teils jener Bevölkerung der Südstaaten ein, zu deren Unglück und Elend er so viel beigetragen hatte.“

Karl Schurz hat denjenigen Teil seiner Erinnerungen, dem ich diese Sätze entnehme, in englischer Sprache erscheinen lassen. Gleichwohl scheint sein Werk in England nicht bekannt zu sein. Zum mindesten haben die englischen Staatsmänner von der durch Schurz bezeugten Klugheit Lincolns nichts in sich aufgenommen. Sonst wäre ihre Haltung in der Frage der Auslieferung des ehemaligen deutschen Kaisers eine andere.

Wohl jeder Monarch, der vor einer republikanischen Erhebung hat weichen müssen, blieb für die monarchistisch gesinnten Parteien seines Landes der Herrscher, dessen Rückkehr auf den Thron ihnen als selbstverständlich galt. Die Monarchisten in Deutschland machen bezeichnenderweise eine Ausnahme von diesem Erfahrungssatz. Sie sind sich offensichtlich darüber klar, daß die Aussicht, Wilhelm II. wieder im Besitze der Krone zu sehen, nicht geeignet ist, für den monarchistischen Gedanken Propaganda zu machen. So idreschen sie sich für die Monarchie aus, geben aber mit keinem Wort zu erkennen, daß sie die monarchische Gewalt Wilhelm II. übertragen wollen.

In der programmatischen Erklärung, die die Deutschnationale Volkspartei am 14. Februar 1919 in der Deutschen Nationalversammlung durch den Grafen v. Helldorf abgeben ließ, heißt es:

Dadurch (nämlich durch die Ablehnung des gewalttätigen Umsturzes) wird indessen nicht unsere grundsätzliche Überzeugung berührt, daß die Monarchie insbesondere für Deutschland die beste Staatsform ist, um den ruhigen und geordneten Gang der Staatshandlungen zu führen. Wir erwarten alles von der gesetzmäßigen Entwicklung, die auf die zunehmende politische Erkenntnis des deutschen Volkes sich gründet.

Sie ist von der Sehnsucht nach der Rückkehr des Kaisers nicht zu merken. Bezeichnend ist

Ein Schreiben Clemenceaus.

Pariser Havabdruck: Der Austausch der Ratifikationsurkunden wird am Sonnabend im Ministerium des Aeußern stattfinden. Zugleich wird dem Herrn v. Lerzner ein Schreiben Clemenceaus wegen des abzugebenden schwimmenden Materials übergeben werden. Die Vertreter der Mächte, die den Friedensvertrag von Versailles unterzeichnet haben, werden der Unterzeichnung des Protokolls beiwohnen.

Die Zeremonien.

Die Feierlichkeit des Ratifikationsaustausches werden im Ministerium des Aeußern, im Abensaal, am Sonnabend um vier Uhr nachmittags stattfinden. Zunächst wird das Protokoll vom 1. November überreicht werden, dann soll der Austausch der Ratifikationsurkunden stattfinden. Bei den Feierlichkeiten werden folgende Staaten vertreten sein: Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Belgien, Polvnia, Guatemala, Peru, Polen, Tschechoslowakei, Sim, Uruguay und Deutschland. Die Vereinigten Staaten fehlen also.

Die diplomatischen Beziehungen.

Pariser Havabdruck: Esch George, Ritter und Clemenceau hatten Donnerstag abend ihre erste Zusammenkunft. Mit dem auf das Inkrafttreten des Friedensvertrages folgenden Tage, also Sonntag, werden die diplomatischen Beziehungen mit Deutschland wieder aufgenommen werden. De Marcilly wird nach Berlin abreisen, wo er Frankreich als Geschäftsträger vertreten wird, und Herr v. Lerzner wird zweifellos Poincaré sein Beglaubigungsschreiben unterbreiten.

Die Gefangenen kommen!

Die Reichsstelle Köln für Kriegsgefangenenentsatz lehr schreibt:

Nach Mitteilung des französischen Oberkommandos in Mainz beginnt zwei Tage nach der Ratifikation des Friedens der Abtransport der Kriegsgefangenen aus Frankreich, und zwar werden zunächst die im besetzten Gebiet beheimateten zurückgeführt werden. Die Gefangenen kommen in Sonderzügen in die Durchgangslager, so Gießen, Dären, Jülich und Eschweiler bei Aachen, und zwar in jedes Lager voraussichtlich täglich ein Zug mit etwa 1000 Mann.

Die Gefangenen bleiben in diesen Lagern 48 Stunden zur Einlieferung und Ausstellung ihrer Papiere. Sie dürfen während dieser Zeit die Lager nicht verlassen. Es ist erlaubt, auf dem Lager an ihre Angehörigen Postkarten mit Ankunftsbenachrichtigung abzusenden. Ein formeller Empfang in den Lagern und gemeinsame Rundgebungen sowohl seitens der Kriegsgefangenen wie seitens der Bevölkerung auf den Straßen über den zu durchfahrenden Bahnstrecken, Ausschmückung der Bahnhöfe ist untersagt. Die Rückkehr der Kriegsgefangenen darf nur im Kreise der Angehörigen innerhalb des Hauses sesslich begangen werden.

Jeder politische Austritt muß ausgeschlossen sein. Der Abtransport aus den genannten Lagern erfolgt nach Möglichkeit in besonderen Transportzügen oder in Zügen des öffentlichen Verkehrs. Im Anschluß an die Rheinländer folgen die übrigen deutschen Gefangenen. Diese fahren durch das besetzte Gebiet unmittelbar in die Durchgangslager des unbesetzten Gebietes, von wo sie entlassen werden.

auch das Zugeständnis des Grafen Westarp, daß die kürzlich veröffentlichten kaiserlichen Randbemerkungen Deutschland schweren Schaden zufügen geeignet waren, der seiner Behauptung nach nur dadurch verhindert worden ist, daß die Minister sie unbeachtet ließen.

So urteilt man nicht über Handlungen eines Mannes, den man aus dem Ruhestand in die Aktivität zurückzuversetzen gedenkt. Und der Führer der Deutschen Volkspartei, Herr Seinae, ist in der Rede, die er am 10. Oktober 1919 in der Deutschen Nationalversammlung gehalten hat, sogar von der Person des letzten deutschen Kaisers sehr entschieden abgerückt. Was anders bedeuteten seine Worte: „Meine Herren, Sie haben uns vorgeholten, daß wir keinen Monarchen hätten, den wir als Träger der Monarchie präsentieren könnten. Das ist richtig. Wir vertreten das monarchistische Prinzip als solches!“

Was würde nun die Folge eines Prozesses gegen den Exkaiser sein? An einem Volke, das wie das deutsche zusammengebrochen ist — man weiß nicht, ob in höherem Maße durch den Krieg oder durch den Frieden — werden stets mehr oder minder große Schichten den Blick in

die Vergangenheit lenken, ihre Zustände als goldene verherrlichen und ihre Wiederkehr herbeisehnen. Engländer und Franzosen haben keinen Anlaß, ob solcher romantischen Umwandlungen auf das deutsche Volk spöttlich herabzusehen. Die Rückkehr der Stuarts und der Bourbonen beweist, daß es Zeiten gegeben hat, in denen breite Schichten des englischen und des französischen Volkes für die durch die großen Revolutionen des 17. und 18. Jahrhunderts errungenen Freiheiten kein Verständnis besaßen.

Wird Wilhelm II. vor einen Gerichtshof der Entente gestellt, so haben die reaktionären Elemente in Deutschland in ihm einen Heiligen, der ihnen im politischen Kampfe die wertvollsten Dienste leisten würde. Freilich würde die Entente ihm selbst die Thronkandidatur unmöglich machen, aber die Verehrung seiner Person, die sein Martyrium bei vielen, denen sie jetzt zum mindesten gleichgültig ist, hervorriefe, würde zum Festhalten an seinen politischen Gedankengängen führen, den Haß gegen die Westmächte zur Riesengröße anschwellen lassen und damit der Idee des Revanchekrieges nützen.

Dies alles namentlich dann, wenn der Angeklagte vor seinen Richtern ein würdevolles Verhalten zeigen würde, dessen Ausbringung für einen Mann in gänzlich hoffnungsloser Lage, der unter sein Leben einen Strich gezogen sieht, nicht allzu schwer sein kann. Selbst wenn Wilhelm II., was viele Deutsche für seine Pflicht gehalten haben, nach dem Bekanntwerden der Friedensbedingungen der Entente erklärt hätte: „Ich sehe, daß Ihr das deutsche Volk für mich leiden lassen wollt, ich liefere mich euch aus, schon! mein Volk!“ hätte die Entente aus Klugheit ihm die Freiheit lassen müssen. Noch viel mehr müßte staatsmännisches Denken sie davon abhalten, sich seiner Person mit Gewalt zu bemächtigen.

Sie sollte ferner darauf verzichten, die von Deutschen begangenen Kriegsverbrechen vor ihr Forum zu ziehen. Es würde sonst sicher dahin kommen, daß nicht wenige der auf der Auslieferungsliste stehenden Deutschen den Tod durch eigene Hand dem Schicksal vorziehen würden, das ihrer jenseits der deutschen Grenzvorhänge harret. Ich fürchte schon heute den Wiederhall der Schüsse, durch die sie sich entleeren würden. Soll es wirklich geschehen, daß kurzfristige Engländer und Franzosen durch ihr starres Festhalten an der Forderung der Auslieferung den kurzfristigsten Deutschen, den Alldeutschen, für die Dienste, die diese ihnen im Kriege geleistet haben, ihren Dank abstatten?

Es kann nicht davon die Rede sein, daß die Entente durch ihr Prestige genötigt ist, auf der Auslieferung zu bestehen. Das kürzlich erlassene deutsche Gesetz, das die Zuständigkeit des Reichsgerichts für die Beurteilung von Kriegsverbrechen begründet und den Ententeestaaten eine weitgehende Mitwirkung im gerichtlichen Verfahren ermöglicht, schafft gegenüber dem Rechtszustand der Zeit, in der das Verlangen nach der Auslieferung von Kriegsverbrechern ein Bestandteil des Versailler Friedens wurde, eine neue Tatsache, die der Entente den Verzicht auf die Auslieferung ermöglicht, ohne daß sie sich etwas verbitt.

Und was Wilhelm II. anbelangt, so braucht die Entente um von seiner Auslieferung abzusehen und sich dabei einen guten Abgang zu sichern, nur dem Gedanken des Schutzes der kleinen Nationen treu zu bleiben, zu dem sie sich im Kriege so oft bekannt hat. Denn die Niederlande sind zur Auslieferung des Kaisers weder verpflichtet noch berechtigt und werden sich voraussichtlich nur gezwungen zu ihr verstehen. Ein Staat ist nur dann gehalten, eine auf seinem Territorium befindliche Person zur Beurteilung auf das Verlangen eines anderen Staates auszuliefern, wenn diesem die Gerichtsbarkeit über den Auszulieferenden zukommt. Es gibt aber in keinem der Ententeestaaten ein Gesetz, das die Zuständigkeit seiner Gerichte für die von einem Deutschen begangene schwerste Verletzung der internationalen Moral und der Heiligkeit der Verträge begründet. Die Niederlande sind also zur Auslieferung von Wilhelm II., die die Entente wegen einer solchen Verletzung fordert, nicht verpflichtet. Dann ist die niederländische Regierung aber hierzu auch nicht berechtigt. Denn das derzeitige niederländische Auslieferungsgesetz vom 13. August 1849/6. April 1875 verbietet eine Auslieferung, zu der für die Niederlande keine Verpflichtung vorliegt. Es bedarf nur des Auerkennnisses dieser Rechtslage, die nicht in Zweifel gezogen werden kann; es bedarf ferner nur der Erklärung der Entente, daß sie einen ihr aus Rechtsgründen widerstrebenden kleiner Staat nicht vergewaltigen wolle, und der Gedanke des Kaiserprozesses ist erledigt.

Die Versailler Friedensbedingungen erschweren der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die dieses Land zum Heiler der Demokratie und der Völkerveröhnung machen will, ihre Aufgabe auf das furchtbarste. Als Anwälte noch ungeborner Generationen, die wir vor der Vernichtung ihres Lebensqualls bewahren wollen, rufen wir deutsche Sozialdemokraten der Entente zu:

Lasst davon ab, die Erfüllung von Bedingungen des Friedensvertrages zu fordern, die die Heilung der Wunden Deutschlands verhindern und die euch deshalb ebenso schädlich sind wie uns!

Berechtigte Ablehnung.

In mehreren Artikeln der „Deutschen Zeitung“ hatte der neugeborene Junger Graefe-Goldebeck die Deutsche Volkspartei zu überzeugen gesucht, daß sie sich mit den Deutschnationalen verschmelzen müsse, denn die Existenz zweier nationaler Parteien sei in der jetzigen Zeit ein Luxus, den man sich nicht gestatten dürfe.

Darauf antwortet die parteiamtliche „Nationalliberale Korrespondenz“ mit kühler Ablehnung. Sie stellt fest, daß trotz gewisser Programmnäherlichkeiten die Deutschnationale und die Deutsche Volkspartei „auf verschiedene Wurzeln zurückgehen, und daß sie deshalb in ihrem inneren Wesen voneinander abweichen“. Die Deutsche Volkspartei sei von liberaler Anschauung erfüllt und ein großer Bestandteil des liberalen Bürgertums würde den Anschluß an eine Partei scheuen, die trotz aller neuen Namen in der alten konservativen Partei wurzelt.

In eine deutlichere Sprache übertragen bedeutet der Einwand gegen die Verschmelzung folgendes: Die Deutsche Volkspartei ist die Partei der Schwerindustrie, während hinter der Deutschnationalen Volkspartei hauptsächlich der agrarische Großgrundbesitz steht, wenn sich beide Kapitalgruppen im Kampf gegen Sozialismus und Demokratie einig sind und daher auf diesem Felde ihre Interessen gegenwärtig fortgewahrt erscheinen, so würden diese doch im Falle eines Sieges sofort wieder in die Erscheinung treten. Den Interessen der Schwerindustrie entspricht im allgemeinen die manchesterlich-liberale Wirtschaftsanschauung, während denen des Großgrundbesitzes die konservativ-künstlerische Wirtschaftsanschauung weit mehr entgegenkommt.

So geschlossen daher beide Gruppen Sozialismus und Demokratie bekämpfen, so kann doch von einer inneren Verschmelzung zwischen beiden nicht die Rede sein.

Beschluß der Eisenbahnerverbände.

Die Vorstände der drei Eisenbahnerverbände (Deutscher Eisenbahnerverband, Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Allgemeiner Eisenbahnerverband) haben Donnerstagabend beschloffen, Freitag früh die Streikleitung in die Hand zu nehmen. Bisher handelte es sich um einen wilden Streik. Offiziell ist der Streik noch nicht von den Vorständen obiger Verbände proklamiert worden. Wenn es sich bestätigt, daß die Eisenbahnarbeiter einen Stundenlohn von 3,50 M. gewährt erhalten, werden die Gewerkschaftsvorstände die Mitglieder auffordern, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Die Streikwelle.

Die Eisenbahnarbeiter von Groß-Duisburg haben in einer Versammlung am Donnerstag beschloffen, am Freitag früh in den Streik zu treten. Die Kohlenarbeiten sollen ausgeführt werden.

Auch in Singen haben die Eisenbahnarbeiter die Arbeit eingestellt. In Betracht kommen etwa 2300 Personen. Die Beamenschaft verhält sich vorläufig dem Streik gegenüber neutral. Der Zugverkehr soll nach Möglichkeit aufrecht erhalten werden.

Die Rheinische Eisenbahndirektion teilt mit, daß man für Freitag in der Rheinischen keine wesentlichen Störungen des Eisenbahnverkehrs erwartet.

Die Bewilligung der Konforderungen ist allen Arbeiter telegraphisch bekanntgegeben worden.

zurzeit wird überall gearbeitet. Der Zugverkehr konnte bisher aufrechterhalten werden mit Ausnahme der Jüge in Richtung nach Elberfeld und Düsseldorf, deren Durchführung von den Eisenbahnern des Elberfelder Bezirks verweigert wird. Der Verkehr nach der rechten Rheinseite ist völlig unterbrochen. Fahrkarten dorthin werden nicht ausgegeben. Nur die Berliner und Hamburger Jüge werden über Deuß, Arefeld, Duisburg und umgekehrt geleitet.

Generalstreikpropaganda.

Die verschiedensten Mittelungen, die in der unabhängigen und kommunistischen Presse Deutschlands in immer größerer Zahl auftauchen und scheinbar rein referierend auf einen bevorstehenden Generalstreik hindeuten, sind nicht ganz so harmlos, wie sie sich den Anschein geben. Es liegt hier — wie so oft seit der Revolution — der gemeinsame Wille vor, mit allen Mitteln die zurzeit stattfindenden Verhandlungen mit den Eisenbahnern zu unterbrechen und einen Generalstreik zu inszenieren. Neudrings muß zu diesem Zwecke das Betriebsrätegesetz herhalten und zum Vorwand für die Generalstreikpropaganda dienen.

So treffen zu gleicher Zeit aus Leipzig und aus Halle Mittelungen ein, nach denen auf der in Halle tagenden Reichskonferenz der Betriebsräte vorgeschlagen worden sei, der Regierung in Form eines Ultimatum einen Betriebsräteentwurf vorzulegen, bei dessen Ablehnung am 13. Januar der Generalstreik in ganz Deutschland eintreten solle. Der gleiche Wunsch wurde — der „Leipziger Volkszeitung“ zufolge, die sicher in diesem Falle gut informiert ist — in einer Versammlung der Leipziger Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre gefaßt.

Hierdurch dürften die letzten Zweifel darüber schwinden, daß die Bewegung, die von wirtschaftlichen Ursachen aus ihren Ursprung nahm, von radikalen und gewissenlosen Elementen in politische Fahrwasser getrieben werden soll. Es braucht nicht im einzelnen geschildert zu werden, was gerade in dieser Zeit, mitten im Winter, ein Aufhören der Produktion bedeuten würde. Wir würden in ein Elend hineingeraten, dem gegenüber der heutige Zustand als paradiesisch bezeichnet werden muß, und aus dem uns auch die Weisheit gemiegtester Betriebsräte nicht zu retten vermöchte.

Ein absoluter Herrscher.

Wenn bisher noch Zweifel an der katastrophalen Politik, die als letzte Auswirkung und unermeidlich in den Weltkrieg hineintrief, bestanden haben sollten, so werden sie jetzt mehr und mehr getilgt, je tiefer die Einsicht in das persönliche Regiment Wilhelm II. wird. Die Bezeichnung „Romantiker“ für einen Menschen enthält an sich nichts Schimpfliches, hier aber wird sie — insbesondere in ihrer engen Verbindung mit Unfähigkeit und verjährtem Selbstbewußtsein — zu einer Anklage von unerhöhter schwerer Wucht.

Ein Brief Wilhelm II., den die „Vossische Zeitung“ veröffentlicht, behandelt die Pläne zur Schaffung eines kontinental-europäischen Bündnisses, das Deutschland, Rußland und Frankreich umschließt. Wilhelm II. und der Zar kamen überein, ein Defensivbündnis zu schließen, und die Vorbereitungen hierzu waren schon so weit getrieben, daß beide Monarchen sich Vertragsentwürfe überreichten. Hierbei ist höchst charakteristisch, daß die etwa friedlichen Absichten Wilhelm II. durch seine feindliche oder doch zum mindesten ablehnende Gesinnung Frankreich gegenüber heftiggedrängt wurden. Während Nikolai — was durchaus richtig und dem Wesen eines Bündnisses entsprechend erscheint — den Abschluß eines neuen Bündnisses dem mit Rußland bereits verbündeten Frankreich mitteilen will, lehnt Wilhelm II. diese Forderung ab und glaubt, durch den Druck der Verhältnisse Frankreich zum Anschluß bringen zu können.

Wenn Du und ich Schulter an Schulter zusammenstehen, so wird das hauptsächlichste Ergebnis das sein, daß Frankreich sich uns beiden offen und in aller Form anschließen muß und damit endlich seine vertraglichen Verpflichtungen

gegenüber Rußland erfüllt, was für uns von größtem Wert ist, besonders im Hinblick auf seine schönen Häfen und seine gute Flotte, die dadurch auch zu unserer Verfügung stehen würden.

Auch hier, wie so oft, sah sich Wilhelm II. in seinen Hoffnungen getäuscht. Aber er geht in seinem Brüten Frankreich gegenüber noch weiter. Während der Vertragsentwurf des Zaren die Bestimmung enthält, daß der Zar die nötigen Schritte unternehmen werde, um Frankreich in das deutsch-russische Bündnis einzuziehen und es zu verpflichten, sich als Verbündeter anzuschließen, enthält der Entwurf Wilhelm II. durchaus aggressive Tendenzen. Der entsprechende Absatz des ersten Artikels lautet:

Falls eines der beiden Kaiserreiche von einer europäischen Macht angegriffen werden sollte, wird sein Verbündeter mit allen seinen Streitkräften zu Lande und zur See ihm beistehen. Vorkommenden Falles werden die beiden Verbündeten ebenso gemeinsame Sache machen, um Frankreich zur Beachtung der Verbindlichkeiten aufzufordern, die es nach dem Wortlaute des französisch-russischen Bündnisvertrages übernommen hat.

Also eine unerhörte Drohung mit gewaltsamem Vorgehen. Hier finden sich bereits Spuren jenes überheblichen Pochens auf die „Schimmernde Wehr“ und jene Unterdrückung aller nichtmonarchischen Staaten, die zu dem unheilvollen Ergebnis führen sollte. Er, der nur mit Kaiser und Königen verkehren wollte, war doch nur ein recht kleiner Mensch, und es scheint fast, als habe er — trotz aller Abneigung gegen die „gelbe Kultur“ — nach jenem chinesischen Sprichwort gehandelt, das da lautet: Große Persönlichkeiten sind ein Unglück für ein Staatswesen!

Der zürnende Ledebour.

Georg Ledebour, der Achill des Januarputsches, führt uns, weil wir uns erlaubt haben, seinen nur für die Freiheitsschaffern bestimmten Artikel über die Januarunruhen auch mit uns zu teilen. Ledebour hatte seinen Getreuen die Tat im bengalischen Glanze schildern wollen, er hatte sich bemüht, mit jeder Zeile nachzuweisen, wie notwendig und nützlich der Januarputsch war, daß er um der Existenz und Zukunft der Partei willen unternommen werden mußte, daß er eine politische und revolutionäre Notwendigkeit gewesen sei. Wer mit solchem Stolz schreibt, für den ist es allerdings recht unwürdig und kläglich, auf der andern Seite zu jammern, daß er nur „provokiert“ worden sei und aus eigenem Antrieb die Sache gar nicht gemacht hätte. Die Ledebourische Darstellung geht an ihrem eigenen Widerspruch zugrunde: Entweder man hat die Sache gewollt, oder man ist wider Willen provoziert worden, aber man kann nicht gleichzeitig gewollt haben und widerwillig hineingezogen worden sein. Und da Ledebour in seinem Artikel das Hauptgewicht auf das Gewollte und Beabsichtigte der Tat gelegt hat, so haben wir dies als das Wesentliche hervorgehoben. Von „Häßerlichkeiten“, die uns Ledebour vorwirft, kann um so weniger die Rede sein, als unser Leitartikel in Nr. 8 die Legende der Provokation in ausführlicher Weise behandelte und widerlegte. Ledebour macht es ungefähr wie die Alldutschen in der ersten Kriegszeit, die sich im vertrauten Zirkel brüsteten, weil sie den Krieg herbeigeführt hätten, dem Ausland gegenüber, aber jedes Verschulden am Kriegsausbruch mit Entrüstung in Abrede stellten. Er sollte doch diese zweifelhafte Doppelrolle, die gleichzeitig Angreifer und die gekränkte Ledebour spielen will, preisgeben, sie liebet ihn nicht.

Immerhin ergiebt sich über uns nur die eine Schale des Ledebourischen Horns, die andere kränfelt ihren Inhalt auf das Haupt Rudolf Hilferding, der den Januarputsch als „die Rarneschlacht der Revolution“ bezeichnet hat, sowie auf das Haupt Richard Leichenmüllers, der sich „erlaubt“, diese Erhebung einen „Putz“ zu nennen. Auch Däumig bekommt ein paar Ledebourische Rauschellen, weil er in einer geschichtlichen Darlegung des Entwicklungsganges der U. S. P. D. die Januarerhebung überhaupt nicht erwähnt, vielmehr totgeschwiegen hat. Der Prophet gilt eben nichts in seinem Vaterlande, und in den eigenen Reihen der U. S. P. D. — ob rechter, ob linker Flügel — ist man von den Ledebourischen Januariatoren durchaus nicht so entzückt, wie dieser es möchte. Wir finden es

Menschwerdung.

Von Martin Dlm.

Reulich fuhr ich mit der Sororibahn an einem angenehmen frühen Morgen quer durch die Großstadt, hinaus in die alles seitende Natur. Dieser Tag sollte ganz mir gehören. Nicht allein meinen Körper wollte ich durch einen kräftigen Marsch stärken, auch mein Innenleben wollte ich neu beleben. So hatte ich es schon in meiner frühesten Jugendzeit getan. Trotz dem „Ich“ unter dem schleichenden Älter zu leiden, so ging es abends hinaus, dorthin, wo der Mensch allein ist, ungehört und ungehindert, wo ihm zum Bewußtsein kommt, mehr als Arbeitstier zu sein. Und diesmal sollte es ebenso sein.

Oben hält mein Fuß und ich stelle die Station fest: Putzfrage. Waren es nicht bald fünf Jahre her, seit ich hier mit meinen Kameraden auf dem Wege zur Front verlegt wurde? Und plötzlich bin ich wieder mitten in jener Zeit, die uns an den Rand des Abgrundes gebracht hat. Bald befinde ich mich in einem herrlichen Laubwald und doch können sich meine Gedanken nicht von den Unglücksjahren trennen. Laufend Erlebnisse wirbeln bald ausgleich fröhlichen und wehlichen. In der Hauptsache muß ich an die vielen Gefahren denken, die uns Männer so früh ergout machten, an unsere braven Frauen, die sich trotz aller Mühen und Arbeiten nach und nach sehten. Und dann wieder kam mir die jüngere Zeit vor die Augen. Als sich Brüder in Verdäbung blutige Wunden schlugen. Reiche Menschen aus dem Hinterhalt verletzten, die Klassen auseinanderzuziehen, um letzten Endes nur ihren eigenen Glanz wiederherzustellen. Wenigen lag daran unser Vaterland zu retten. Und ist es nicht heute noch ebenso? Wenn auch kein Blut mehr fließt, ein Teil unserer Volksgenossen ist von einem ungeheuren Materialismus ergriffen.

Vor einigen Jahren habe ich auf der Berliner Kunstausstellung das Gemälde eines französischen Malers gesehen, welches in erschütternder Weise das rücksichtslose Ringen der Menschen zeigte — eine Menschenmasse, sich drängend, stöhnend, die Schwachen zertretend und zerdrückend, übereinander gestürzt. Die gierig aufgerissenen Mäuler, die lebnisch ausgestreckten Hände nach einem unsichtbaren Etwas in die Luft gerichtet, und die, die am höchsten gelangt, herunterstürzend, um am Boden zu zerfallen. Paßt dieses Bild nicht genau auf unsere Zeit? Trotzdem glaube ich an die Volksgenossen. Nicht an jene, die auf dem Geldfuß sitzen und ihn durch anderer Menschen Fleiß noch mehr fällen. Nicht an jene, die unsere Arbeiter täuschen und sie glauben machen wollen, ihre Leute würden in der Lage sein, ein Paradies aus dem zusammengebrochenen Deutschland herborzubauern. Aber es gibt erfreulicherweise schon wieder eine große Anzahl von Mitmenschen, denen es

zum Bewußtsein gekommen ist, daß uns nur die Erneuerung eines jeden einzelnen Deutschen vor dem Untergang retten kann.

Wir wissen alle, daß jeder Einzelne, jeder auf seine Art, während dieser schrecklichen Zeit Fehlritte begangen hat. Doch diese Erkenntnis genügt nicht — stark und frei wollen wir sein. Dazu müssen wir erst reif und Persönlichkeiten werden. Wenn wir erst wieder vernünftig denken gelernt haben, dann stellen wir alle als erste Forderung, nicht nur ein Säublein im Weltganzen zu sein. Denn wer sein Inneres kennt, weiß, daß er sich als ein selbständiges, in seiner Eigenart besonders gestaltetes atonisches Wesen fühlt, und gerade diese Feststellung ist schon eine Art Persönlichkeit. Zur Persönlichkeit gehört allerdings viel. Ein schönes Gesicht und rücksichtslose Selbstsucht haben damit absolut nichts zu tun. Der nur verdient den Namen einer Persönlichkeit, in dem das Gedulde und Tiefste seiner Seele sich zum einheitlichen, in sich geschlossenen Wesen emporgibt und so das Allgemein-Menschliche ein individuelles Gepräge erhalten hat.

Vor und während des Krieges waren wir Marionetten, die tanzen, wie gezogen wurde. Vielleicht hatten wir uns an diese Rolle sehr gewöhnt. Und es gibt unglücklicherweise viele Menschen, welche diesen kläglichen Zustand vermissen. Aber auch sie werden in der kommenden harten Lebensschule eine Art Persönlichkeit werden, werden müssen. Das ist immerhin ein erfreuliches Haben für unsere junge Republik. Und sie gibt ihren Bürgern die Möglichkeit sittlichen Handelns in freier Selbstbestimmung.

Es gibt Menschen, für die ist Deutschland nur da, um ihnen etwas zu geben; sie genießen die Vorteile, welche ihr Vaterland zu verzeihen hat, und machen sie ihren persönlichen Zwecken dienlich; sie fordern, um ihre Wünsche zu befriedigen; sie sind nur die Empfangenden. Das ist ungesund; ein Organismus, der immer neue Nahrung fordert, wird bald zu Grunde gehen, wenn er sie nicht in der Arbeit und Tätigkeit umgibt. Einnahme und Ausgabe muß balancieren, soll der Staat bestehen. Das zu lehren, ist unsere Pflicht. Doch wir können diese Lehre erst völlig und recht weitergeben, wenn wir Persönlichkeiten, wenn wir erst wieder ganze Menschen geworden sind. Das Bewußtsein, daß wir uns auf diesem Wege befinden, machte meinen Schritt behender. Mensch werden, das ist unsere Aufgabe.

Die heutige Claque. Die Theaterbande, die jüngst in Berlin und München vorgekommen sind, und die sich immer mehr häufen, veranlassen vor Epstein in der „Freien Deutschen Bühne“ das „Recht auf den Theaterland“ zu untersuchen. Mit scharfen Worten brandmarkt er das pöbelhafte Verhalten eines Publikums, das durch andere Neuherungen sein Mißfallen kundgibt als durch die aufgeführten Stücke und Mißlingen. Freilich kann aber auch der Beifall zum „Estand“ werden, und das ist bei der Claque der Fall, von der wir eigentlich glauben, daß sie nicht mehr existiere.

Der Verfasser behauptet aber, daß die heutige Claque nicht eine böswillige Erfindung von Theaterkritikern und nervenschwachen Personen ist. Ueber seine Erfahrungen erzählt er: „Ich habe Menschen beobachtet, die jeden Abend in dieselbe Kammer gingen und aus Leibesträften Beifall spendeten, ohne daß sich in ihren Mienen eine besondere Anteilnahme zeigte. Solche Reaktionen brauchen eine kleine Gemeinde mit, die wohl irgendwie an dem Erfolg der Vorstellung interessiert war. Bei Operntendernstellungen werden sogar Darsteller schon bekräftigt, bevor sie noch etwas gesagt oder getan haben. Vielleicht ist das eine feine Nuance der Claqueure und soll bedeuten, daß man lieber vorher Beifall spendet, weil man es nachher nicht mehr veranmerken kann.“

Die heutige Claque hat verschiedene Erzieher ausgebildet, die nur von geübten Beobachtern erkannt werden. „So sagt etwa ein tüchtiger Claqueur zu seinem Nebenmann laut: „Ramos, hier geh ich noch mal hinein“ (womit der Mann durchaus recht hat), und hier schalte ich alle meine Verwandten und Bekannten her“ (womit der Mann, der für die ihm zugewiesenen Plätze eine Steuer erhebt, ebenfalls recht hat). Bei musikalischen Vorfällen verläßt man den Erfolg eines Schlägers dadurch, daß man gewisse Personen die vorher entsprechenden Unterricht genommen haben, die Melodie des Schlägers mitsummen oder sogar mitsingen läßt. Man glaubt gar nicht, wie weit die Voraussicht geht. Mir ist erzählt worden, daß der tüchtigste aller Theatermänner aus den letzten 30 Jahren, Adolph Eltwinkl, tüchtige Leute angestellt hat, die nach der Vorstellung bei der Entgegennahme der Garderobe noch in dem dort entweichenden Gedränge die Quartmelodien sangen, um ihre unbegrenzte Wirksamkeit zu offenbaren.“

Zwei Vorlesungen von Karl Kraus, dem bedeutenden Wiener Kulturkritiker, der auch in Berlin eine tolle Gemeinde hat, finden am 10. und 11. Januar, abends 8 Uhr, im Rindwirth-Schwarzensaal statt. Kraus hat sich bisher nur in den Hefen der „Jade“ ergründetes dramatisches Werk. Die letzten Tage der „Welt“ und andere eigene Schriften. Das Kraus während der letzten Jahre schrieb, liegt jetzt in zwei Bänden „Weltgericht“ als großartige Satire des Weltkrieges vor. Der Krieg hat die Scheldemacht, die Kraus lange vom Sozialismus trennte, schließlich zusammenbrechen lassen.

Friedrich Kappler veranaltet am 26. Januar, abends 8 Uhr, im Blüthneraal einen Buddha-Büchereabend.

Kunstchronik. Die freie Sezession veranaltet ihre nächste Besondere Ausstellung vom 15. April bis 1. Mai im Kunstschloß am Lustgarten-Saam. Zur Ausstellung kommen Bilder, Skulpturen und Holzschneide.

Das Seminar für Volkserziehung in Leipzig, bekannt unter der Bezeichnung „Volkserziehung für Arbeiter“, nimmt zu Ostern seinen neuen Betrieb wieder auf. Das Seminar veranaltet Kurse von verschiedenen Fächer, die die gründliche Vorbereitung der wertvollsten Arbeitergebiete anstreben.

Der Film im Dienste der Volkserziehung. Immer deutlicher tritt jetzt das Bedürfnis zutage, den Film in den Dienst erster Volkserziehung zu stellen. So werden einige Berliner Ufa-Theater in kurzem eine bedeutende Neuerung bringen, nämlich öffentliche belebende Filmvorstellungen mit Vorträgen von Fachwissenschaftlern. Es ist bereits ein Versuch um die Genehmigung dieser Filmvorstellungen vor der polizeilich festgesetzten 7-Uhr-Abendstunde eingereicht.

sehr dram. daß Seebour sein Kind gegenüber seinen Vortagenossen, die es nicht schön finden, mutig verteidigt, aber dann soll er nicht plötzlich uns gegenüber die Vaterhaftigkeit in Rede stellen!

Der Solozeuge.

Herr Dehme macht sich seine Anklagebequem. Seine Darstellung der Ereignisse, die sich in der Nacht vom 23. zum 24. Dezember 1918 in der Reichskanzlei abgepielt haben, ist bisher von allen Beteiligten für falsch erklärt worden. Aber was will das sagen! Auf der einen Seite stehen „nur“ die Aussagen von Ebert, Scheidemann, Brügel und Schick, auf der anderen Seite aber steht Herr Dehme, das Musterbild der politischen und persönlichen Integrität! Wer nicht glaubt, daß Dehme allein die Wahrheit sagt, und Scheidemann, Ebert, Brügel und Schick ganz gewöhnliche Lügner sind, dem ist nicht zu helfen. Leider werden große Männer Dehmeschen Schläges oft verkannt.

Freundlicher Empfang.

Dem „Vorwärts“ wird geschrieben: Am 29. Dezember wurden aus England in Bremerhaven eingetretene Kriegsgefangene von der Lloydhalle in die Lloydkantine zum Mittagessen geführt. Auf dem Wege dahin passierten sie einen englischen Kreuzer, der am Kai vor Anker lag. Blühlich knatternde Revolvergeschosse, die knapp über die Köpfe der Heimkehrer hinweg in eine Mauer einschlugen. Als Schütze wurde ein Vordienstliche des englischen Wachtschiffes erkannt. Die beim deutschen Hafenskommandanten anhängig gemachte Beschwerde gedieh zu dem Ergebnis, daß ein leichtfertiges Schulboerhalten des Englischen Seemanns vorlag, der zu seiner Entschuldigungsanfrage, er habe die neue Downing-Polze einschließen müssen. Der englische Veschlehaber drückte dem deutschen Kommandanten sein Bedauern wegen des Vorkommnisses aus und sagte strengste Bestrafung des Risseläters zu. Aber was wird damit gewonnen? Ein platonischer Verweis. Mehr nicht. Denn was es mit der Bestrafung unverantwortlicher Untergebener in solchen Fällen auf sich hat, weiß niemand besser zu beurteilen als die Kriegsgefangenen selbst, die monatlang die allmähliche Erstarzung ehemals freier Völker in Militarismus und Chauvinismus an Ort und Stelle studieren und deren abscheuliche Begleiterscheinungen leider oft am eigenen Leibe erfahren mußten. Den Unabhängigen kann man angesichts solcher Vorfälle nur immer wieder warnend zurufen: Vertraut nicht; auf die angeblich bevorstehende Weltrevolution. Die symptomatischen Bemerkungen der siegreichen Staaten reden eine andere Sprache!

Keine Vertagung des Helfferich-Prozesses.

Zu der Zeitungsnachricht, daß der Helfferich-Prozess der Vertagung anheimfallen würde, erklärt Oberstaatsanwalt Krause: Die Zeitungsnachricht ist unrichtig. Sowohl die Beteiligten (Angeklagter und Nebenkläger), wie die Allgemeinheit haben das größte Interesse daran, daß die wider den Reichsfinanzminister Erzberger erhobenen Vorwürfe so bald und so gründlich wie möglich vor Gericht nachgeprüft werden. Nun hat der Angeklagte zwar erst in diesen Tagen für seine Behauptungen einen sehr umfangreichen Beweis angetreten. Indessen werden die Justizbehörden alle Kräfte daransetzen, um die vorgeschlagenen Beweismittel (Zeugen und Urkunden) rechtzeitig zur Stelle zu schaffen. Doch ist mit hoher Wahrscheinlichkeit darauf zu rechnen, daß die Verhandlungen pünktlich am 19. Januar beginnen und ohne Unterbrechung zu Ende geführt werden.

Aus und hin. Kewer erklärt, daß die Krone Koltscha als militärischer Faktor nicht mehr existiere.

Wirtschaft.

Gewaltige Kurserhöhungen der Bergwerkanteile.
Das Dortmunder Vorkauf Gebrüder Stern berichtet vom rheinisch-westfälischen Wertpapiermarkt wie folgt: Die erste Woche des neuen Jahres brachte dem rheinisch-westfälischen Wertpapiermarkt Umwälzungen, die an die lebhaftesten Kriegsjahre erinnern, und Steigerungen, wie sie der hiesige Markt bisher an einem einzigen Tage in solchem Umfange noch nicht gekannt hat. Namentlich an der Montag- und Dienstagbörsen vollzog sich der Verkehr unter größter Beteiligung aller Interessenten und unter explosivartigen Kurserhöhungen. An den Steigerungen sind sämtliche Märkte und fast sämtliche Werte beteiligt. Die Wertbewegung wurde damit begründet, daß unter Berücksichtigung des gesunkenen Wertes der Markt für kurze (Bergwerkanteile) viel zu niedrig seien, und daß insbesondere auch das Ausland fortgesetzt großes Interesse für die Werte des hiesigen Marktes zeige.

Andersverkauf?

Die Maschinenfabrik Oberschöneweide Alt-Ges. in Berlin, die zur Reine-Konzern gehört und früher Deutsche Riese-Werkzeugmaschinenfabrik firmierte, plant die Veräußerung des Vermögens im ganzen. Wenn die Fabrik ihr Inventar an Maschinen und Werkzeugen einzeln oder insgesamt nach dem Ausland mit den gewaltigen Feuerungs- und Valvatzuschlägen verkauft, was so heute spielend leicht ist, so machen die Aktionäre sicher ein glänzendes Geschäft, nicht aber die deutsche Volkswirtschaft, die an der Erhaltung der Produktionsmittel das größte Interesse hat, um ihren Arbeitern Arbeitsmöglichkeit zu bieten. Hoffen wir, daß die Zentralkasse für die Bewilligung von Ausführungsgenehmigungen in der Maschinenindustrie gut aufpaßt und die Ausfuhr sperrt.

Groß-Berlin

Explosionsunglück im Proviantamt Moabit.

Nur, nach 10 Uhr vormittags explodierte heute auf dem Grundstück des Proviantamts in der Vankstraße ein Benzintank, wodurch fünf Personen schwer und zweileicht verletzt wurden. Die Explosion entstand bei einer Reparatur des Tanks. Der Schlosser Wans war damit beschäftigt, eine Stelle zu löten, als das Benzin explodierte. Der Schlosser und der Chauffeur flohen wurden durch Stößen schwer verletzt. Die fünf Schwerverletzten wurden nach dem Krankenhaus Moabit gebracht. Die vom Schlosser Velleuze herbeigeeilte Feuerwehr ist damit beschäftigt, den brennenden Schuppen, in dem die Feuerüberwachung die ihr gehörenden Automobile und den Benzintank untergebracht hat, niederzubrechen. Man vermutet, daß sich in dem brennenden Schuppen noch ein Mann befindet, der sich nicht mehr rechtzeitig retten konnte.

„Soll und Reiz“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Ausplünderung des Schießplatzes Jüterbog.

Die „Rossische Zeitung“ brachte in ihrer Abendausgabe vom 6. Januar bereits aufsehenerregende Mitteilungen über spanische Zustände auf dem Schießplatz Jüterbog. Sie teilte mit, daß dortselbst täglich für etwa 40 000 R. Geschossmetall von Unbefugten herausgeholt wird. Diese Fortnahme von Staatseigentum geschieht nach der Schilderung der „Rossischen Zeitung“ am hellen Tage in aller Öffentlichkeit. Die Leute rüden mit Pferd und Wagen an und nehmen alles mit, was sie an Metall vorfinden. Selbst Tausende von Eisenbahnwaggons, die auf den Geleisen der Militärbahn stehen, sind nicht sicher und werden buchstäblich ausgeplündert. Auf diese Art sollen im Laufe der Zeit dem Reiche nicht zu überschende Millionenverluste zugefügt worden sein.

Die „Rossische Zeitung“ hat sich nimmehr an die zuständigen Stellen, die unbegreiflicherweise erst durch die Veröffentlichung Kenntnis von diesen Zuständen erhalten haben, um Aufklärung gewandt. Die Kommandantur Jüterbog teilt mit, daß die Klagen über das Fortschleppen von Geschossmaterial alt sind. Am Mittwoch, den 7. Januar, seien allein bei Hausdurchsuchungen in Lindenwade über 12 000 Zentner Geschossmaterial zutage gefördert worden. Die Kommandantur ist der Ansicht, daß es sich hier nicht um durchweg unrechtmäßig erworbenes Material handelt. Während des Krieges wurde der Schießplatz vergrößert. Mit den Besitzern der Grundstücke, die an den Schießplatz angrenzen, wurden Miet- und Pachtverträge abgeschlossen, um diese Geländeteile zu Schießplatzweiden verwenden zu können. Nach dem Erlöschen dieser Verträge haben die Besitzer der betreffenden Grundstücke, die auf ihrem Gebiet gefundenen Sprengstoffe ausgelesen und damit ein gutes Geschäft gemacht. Dieses Beispiel hat auf zahlreiche arbeitslose Anwohner des Schießplatzes „Eindruck“ gemacht, und sie haben, nachdem sie morgens ihre Arbeitslosenunterstützung erhoben hatten, sich an die Ausrüstung der Sprengstoffe gemacht und diese dann verkauft. Die Kommandantur hat sich, da ihr genügend Kräfte zur Unterbindung dieses Unjuges nicht zur Verfügung standen, an das Bezirkskommando III in Berlin gewandt und ihm u. a. den Vorschlag gemacht, die Ausnutzung des Schießplatzes an Privatunternehmer zu verpachten.

Das zuständige Bezirkskommando erklärt, daß es baldmöglichst alle Maßnahmen treffen wird, um die Zustände in Jüterbog zu beseitigen. In der Reinholdsdorfer Straße zu Berlin soll sich ein ganzes Konsortium befinden, das sich nur mit der Verschickung dieses geschloßenen Materials beschäftigt. Die Kriminalpolizei Berlin wird in dieser Angelegenheit nimmehr gründlich durchgreifen.

Auch die Eisenbahndirektion Berlin erklärt, gleich der Kommandantur Jüterbog, daß sie der Vererbung der 3000 Personen- und Güterwaggons, die reparaturbedürftig sind und auf der ganzen Strecke der Militärbahn Jüterbog-Jossen-Marienfelde stehen, vollkommen machtlos gegenübersteht. Sie teilt ferner mit, daß ihr bekannt sei, daß diese Waggons veräußert würden, dagegen lasse sich aber nichts machen.

Soweit die Angaben der „Rossischen Zeitung“ und der zuständigen Behörden. Wir können nicht umhin, unser Erstaunen darüber auszudrücken, daß man zur Verhinderung dieser geradezu himmelfälligen Zustände noch nicht eher und energischer durchgegriffen hat. Wie ist es überhaupt möglich, daß die zuständigen Stellen erst durch die Veröffentlichung einer Tageszeitung auf diese Wirtschaft aufmerksam gemacht werden müssen? Wir erwarten, daß das Versprechen des Reichswirtschaftskommandos III, „baldmöglichst alle Maßnahmen“ zu ergreifen, unverzüglich in die Tat umgesetzt wird. Wir können es uns bei der Lage des Reiches nicht gestatten, so ungeheure Millionenverluste — die Eisenbahnwagen repräsentieren allein einen Wert von 180 Millionen Mark — der Profitgier einer Handvoll unverantwortlicher Schieber zu überlassen.

Dummjungenstreiche.

Zu größeren Ausschreitungen ist es am Donnerstagabend im Norden Berlins gekommen. Am Stettiner Bahnhof hatte sich eine Meute von etwa 100 jungen Burschen und lichtscheuen Elementen versammelt und es wurden hyperbaldiale Ansprachen gehalten. Der Regierung wurden ebenso wie dem Magistrat Berlin die schwersten Vorwürfe gemacht, daß man der Bevölkerung weder Arbeit noch Lebensmittel verschaffen könne. Ein Redner forderte schließlich auf, jeder solle sich das nehmen, was er sonst nicht bekommen könne. Unter Johlen und Schimpfereien auf die Regierung zogen über 100 Personen, darunter auch Frauen und Mädchen, nach der Brunnenstraße, wo sie in die Konfiserie von Aschinger eindringen und dort über die ausgestellten Torten und Kuchen herfielen. Die Verkäuferinnen und Verkäufer waren vollständig machtlos und mußten die unerbetenen Gäste gedulden lassen. Auch die Gäste, welche Zusammenstöße befürchteten, flüchteten und überließen den Eindringlingen das Lokal. In wenigen Minuten waren die dort vorhandenen Schwaren verschwunden und der Krupp zog unter den Klagen „Nieder mit Kasse!“, „Nieder mit der Regierung“ und unter Schmährufen auf das Betriebsrätegesetz, auf die Straße, wo die Burschen die Straßenbahngeleise in beiden Richtungen sperren und die herankommenden Wagen anhielten. Dem Fahren bernünftiger Passanten gelang es, die Schienen freizumachen. Am Rosenbaler Tor sperrte man dann wieder den Verkehr. Ein Sicherheitsbeamter erreichte schließlich, daß der Krupp nach etwa 15 Minuten die Straße freigab und weiterzog.

Die inzwischen immer rabaukustiger werdende Menge belästigte zahlreiche Passanten und namentlich Frauen, ohne daß irgend jemand Widerstand zu leisten vermochte. Schließlich zogen die Exzessanten nach der Brauerei Königsstadt in der Schönhauser Allee. Während ein Teil der Burschen in den Saal eindrang, blieben die anderen vor der Tür stehen. Von der Brauerei Königsstadt aus wurde die Alexanderstraße der Polizei alarmiert, die in einem Kraftwagen 10 Beamte entsandte. Die Polizeibeamten gingen energisch vor, und so gelang es ihnen, in kurzer Zeit die Exzessanten auseinanderzutreiben. Die in den Saal der Brauerei eingedrungenen Burschen, die dort die anwesenden Gäste belästigten, kamen hier an die falsche Adresse und wurden nach Verabreichung einer gehörigen Tracht Prügel an die Luft geschleudert.

Unregelmäßigkeiten in einer Berliner Meierei.

Von zuständiger Seite wird einer Lokalkorrespondenz mitgeteilt: Wegen die Meierei Herrmann Svelowsky in Berlin N, Biondstr. 33, besteht der dringende Verdacht, daß sie sich in ihrem Betriebe erhebliche Unregelmäßigkeiten hat zulaufen lassen. Der an der Meierei besonders interessierte Kreis Niederbarnim hat ein eingehendes Ermittlungsverfahren eingeleitet und zugleich alle Maßnahmen in Form einer Zwangsverwaltung der Meierei getroffen, die die Fortsetzung etwaiger Unregelmäßigkeiten zu verhindern geeignet sind.

Die Erzählungen der Gebrüder Strauß.

Das Besprecherspaar Emil und Erich Strauß wurde auch gestern wieder einer Vernehmung unterzogen. Alle Fragen, die ihnen vorgelegt werden, beantworten sie mit größter Offenheit, soweit es sich um ihre eigenen Straftaten handelt. Über ihre Spießgesellen, mit denen sie die letzten großen Einbrüche ausgeführt haben, verraten sie nichts. Den Kriminalbeamten sind sie, wie Emil Strauß besonders betonte, zu Dank verpflichtet. Sie hatten, wie er angibt, damit gerechnet, daß die Beamten, sobald sie sie erwischt würden, „Mütiqe Rasche“ für die Erschießung ihres Kameraden Erdmann nehmen und sie einfach niederstrecken würden. Fern hätte es ihnen gelegen, die Beamten bei ihrem Zusammenstreffen in der Guineastr. zu erschließen, sie sind vielmehr nur darauf bedacht gewesen, sie kampfunfähig zu machen, um sich der Verhaftung zu entziehen. Der Tod Erdmanns sei ihnen sehr nahe gegangen und sie hätten sich tatsächlich mit dem Plane getraut, sich selbst das Leben zu nehmen.

Auch über den aufsehenerregenden Einbruch in das Kriminalmuseum des Berliner Polizeipräsidenten erzählten sie mehrere Einzelheiten. In Freudensteinen sei davon gesprochen worden, sich durch diesen Einbruch in den Besitz der besten und modernsten Einbrecherwerkzeuge zu setzen. Der Plan sei jedoch bald wieder verworfen worden, weil er ihnen unausführbar erschien. Die wegenen Gebrüder Strauß reizten aber gerade die zu überwindenden Schwierigkeiten. Als die Brüder die genaue Lage wußten, schritten sie zur Ausführung ihres Vorhabens, das ihnen denn auch vollaus gelang. — Da über das Vorleben der beiden Brüder noch manches zu klären ist, bleiben sie vorerst noch im festeren Gewahrsam des Berliner Polizeipräsidenten. Sie befinden sich in Einzelzellen, die durch besondere Posten bewacht werden.

Vermischte Lokalnachrichten.

Ein mutmaßlicher Kindesmord beschäftigt die Kriminalpolizei. Als ein Müllwischer einen Kasten, den er auf dem Grundstück Büdlerstraße 5 abgeholt hatte, in den Boden entleerte, fand er darin die Leiche eines neugeborenen Knaben. Er übergab sie der Polizei, die sie nach dem Scharfau bringen ließ. — Durch einen Sturz vom Dach hat sich die 37 Jahre alte Photographin Else Grünwald aus der Potsdamer Straße 134 das Leben genommen. Sie stieg durch das Bodenfenster auf das hohe Dach und stürzte sich auf den Hof hinab. Die Ursache zu der Tat ist nicht bekannt.

Einer armen Zeitungsausdrägerin ist am Donnerstag in der Ludowik-Str. 16 eine Folge mit Zeitungen, Kopfstuch und drei Schillingen abhandeln gekommen. Abzugeben Expedition Prinzengasse 81.

Friedrichsruhe. Der Gaspreis für Monat Januar beträgt bei Entnahme durch den Freidagasmesser 72 Pf. je Kubikmeter. Bei der Entnahme durch den Automaten wird ein Zuschlag von 57 Pf. pro Kubikmeter erhoben.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Pankow. 125 Gramm Graubrot (111), 500 Gramm reines Mehl (66), für Jugendliche 200 Gramm Kartoffelgale (47).
Sternort. 80 Gramm Weizen (88 u. 94), für Jugendliche 200 Gramm Mehl (47).
Friedrichsruhe. Diejenigen Personen, die in der vorigen Woche nicht 7 Pfund Kartoffeln voll erhalten haben, können, aber nur für diese Woche nachbestellt werden.

Jugendveranstaltungen.

Verein Arbeiterjugend. Abt. Schöneberg. Jugendheim, Rudow, Ede Hauptstraße, heute abend 7 Uhr Musikabend.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Freireligiöse Gemeinde. Freitag vorm. 11 Uhr in der Stadthalle, Klosterstr. 50, Vortrag des Herrn Dr. R. Brie: „Ludwig Börne als Reich und Schriftsteller.“ Darmonium: „Widmet (Wind).“ Gäste willkommen. — Am Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, Berlin W 35, Potsdamer Str. 120, finden folgende Vorträge statt: 1. Dr. Richard Müller, Arendtsfeld: „Grundprobleme der Pädagogik.“ Dienstag 7-8 Uhr, abends vom 13. Januar ab. 2. Unterhaufschreiber a. D. Dr. Sange: „Die Hauptrichtungen in der modernen Soziologie.“ Freitag 5-7 vom 18. Januar ab. 3. Ged. Regierungsrat Dr. Gülich: „Das Schulverwaltungsrecht“ unter Berücksichtigung der in Folge der Resolution eingetretenen Veränderungen. Dienstag 5-7 vom 13. Januar ab. 4. Schriftleiter Alghab: „Ausgewählte Kapitel der Jugendwohlfahrt.“ Donnerstag vom 1-7 vom 15. Januar ab. 5. „Lehrer Bogen: „Das Delinzenzproblem in den verschiedenen Unterrichtsgegenständen.“ Montag 5-7 vom 12. Januar ab. — Große Vogelaustellung. Die Rentkölner Gruppe des Groß-Berliner Kanarienzüchters- und Vogelzuchtverbandes veranstaltet Sonnabend, Sonntag und Montag in den Vorstädten der Köpenicker Allee, Köpenicker Damm 90, Ede Richterstraße, eine Große Allgemeine Ausstellung von Kanarienzüchtern und allen mit der Kanarienzucht verbundenen Gerätschaften, Futtermitteln usw.

Gewerkschaftsbewegung

Der Streik der Versicherungsangestellten.

Die Streiklage ist unverändert. Die Weigerung des Unternehmers, mit der Leitung der Angestellten zu verhandeln, erscheint unverständlich, da auf eine Weiterführung der Betriebe oder auch nur die Erledigung der notwendigen Arbeiten durch Arbeitswillige nicht gerechnet werden kann. Die wenigen Mitglieder des Gewerkschaftsbundes, die noch arbeiten, dürften sich wahrscheinlich noch heute dem Streik anschließen. Der Gewerkschaftsbund nimmt heute eine Abstimmung über den Streik vor, die wohl nach Lage der Sache für den Streik ausfallen wird.

Die Mannschaften der Sicherheitspolizei benahmen sich im allgemeinen zurückhaltend bei der Bewachung der Betriebe. Vor dem Geschäftsgelände der „Victoria“ in der Lindenstraße sind heute nur einzelne Polizeibeamte zu sehen. Streikende gehen vor dem Gebäude auf und ab. Sie tragen große Plakate mit Inschriften, die zur Solidarität auffordern und den Vorübergehenden mitteilen, daß nur bitterer Not die Angestellten zum Streik gezwungen habe. Die Streikposten können ungehindert mit jedem sprechen, der das Gebäude betreten will. Der Auslieferung der Arbeitswilligen wird von der Polizei im allgemeinen kein Hindernis bereitet. Aber es gibt auch Ausnahmen. Von den Streikenden werden uns Einzelsfälle mitgeteilt, wo ein Sicherheitsmann in das Gespräch eines Streikpostens mit einem Arbeitswilligen eingriff und diesem zurief: „Arbeitswillige dürfen das Gebäude betreten.“ — Damit hat der Beamte offenbar seine Weisungen überschritten, denn die Polizei hat hier keine andere Aufgabe, als Arbeitswillige vor etwaigen Gewalttätigkeiten zu schützen. In den Verkehr zwischen Streikenden und Arbeitswilligen, solange er sich innerhalb friedlicher und geordneter Bahnen bewegt, hat sich die Polizei nicht einzumischen. Es ist notwendig, daß dies den Sicherheitsleuten von ihren Vorgesetzten eingeschärft wird, denn nur unter der Voraussetzung können ernste Konflikte vermieden werden, daß auf allen Seiten die gesetzlichen Vorschriften streng beachtet werden.

Versicherungstreik auch in Hamburg.

Die gesamte Angestelltenchaft im Versicherungsgewerbe Hamburgs hat heute vormittag beschlossen, in den Streik zu treten.

Die Mission der Gewerkschaftsbewegung.

Der in unserer heutigen Morgennummer erwähnte Jahresrückblick im 'Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes' enthält u. a. auch eine treffliche Zeichnung der theoretischen Richtlinien und organisatorischen Grundlagen...

Die Schaffung der Arbeitsgemeinschaften, die besonders für den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens unentbehrlich sind. Die Kämpfe, die sich um diese Arbeitsgemeinschaften in den Kreisen der Arbeitnehmer selbst entsponnen haben...

Reine Tarif-forderungen 'häusliche Aufstellungsverträge'. Die Lösung einer brennenden Frage haben am 8. Januar in einer Sitzung der Arbeitsgemeinschaft für den hauswirtschaftlichen Beruf die Vertreter der Hausfrauenorganisationen Groß-Berlins...

Jede neue Mission unserer Gewerkschaftskämpfer schlägt Hunderte ihrer kommunistischen Theorien tot! An gleichem Maße, als die Gewerkschaften das Vertrauen der Arbeiterschaft erwarben...

von der tariflichen Regelung fernhielten. Sind die Fortschritte am stärksten. Freilich kommen diese Vereinbarungen nicht immer friedlich zustande...

Der Kampf in der Berliner Metallindustrie war ein bezeichnendes Beispiel dafür. Er hätte vermieden werden können, wenn auf beiden Seiten das Gefühl der Verantwortung für die ungeheuren Schäden...

Wöchentliche Extrabeiträge im Transportarbeiterverband.

Der Vorstand des Transportarbeiterverbandes teilt in einem im Verbandorgan an die Mitglieder gerichteten Aufruf mit, daß die außerordentlich hohen Anforderungen, die in der zweiten Hälfte des verflochten Jahres in finanzieller Hinsicht an den Verband gestellt worden sind...

Keine Tarif-forderungen 'häusliche Aufstellungsverträge'. Die Lösung einer brennenden Frage haben am 8. Januar in einer Sitzung der Arbeitsgemeinschaft für den hauswirtschaftlichen Beruf die Vertreter der Hausfrauenorganisationen Groß-Berlins...

Seit über einem Jahre beschäftigt man sich in fast allen Kreisen mit der Lösung der Frage: Wie können die aus den gewerblichen Berufen ausscheidenden Arbeiterinnen dem Hausangestelltenberuf wieder zugeführt und junger, tüchtiger Nachwuchs herangebildet werden...

Da auf Arbeitgeberseite ganz besonders Wert auf die Ausbreitung von Lehrverträgen gelegt wurde, mußten die Arbeitnehmer ihrerseits in erster Linie auf Abschluß eines Tarifvertrages dringen...

tung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis. 4. Regelung der Ausbildung des Nachwuchses für den Beruf.

Der Gesamtschub der Arbeitsgemeinschaft sollte in drei Unterausschüsse zerfallen: 1. für Groß-Berlin, 2. für die Provinzstädte, 3. für das Land und die Landstädte.

Zu fruchtbringender Arbeit in den Unterausschüssen kam es nicht, weil es in einer gemeinsamen Sitzung abgelehnt wurde. Tarifverträge mit den Hausangestelltenorganisationen abzuschließen...

Die Arbeitnehmer werden sich die Frage vorlegen, ob die Arbeitgeber, in diesem Fall die Hausfrauen, wirklich den Ernst und die Dringlichkeit dieser Arbeit erkannten und wie sie nun in der Öffentlichkeit ihre Ablehnung verantworten wollen.

Berichtszeitung.

Der recht bunte Lebensweg eines Mitgliedes der 'Vorwärts'-Besatzung kam in einer Verhandlung vor der I. Strafkammer des Landgerichts I zur Sprache. Angeklagt wegen Teilnahme an einem bewaffneten Raufen, Ausruhen und Landfriedensbruchs war der Kunstmalers und Graveurs Georg Kensch...

Groß-Berliner Parteinarichten.

17. Abt. Mitlieder-Versammlung nicht am 14. sondern am 28. Jan., abends 7 Uhr, in der Schulaula, Podbielskstr. 10/11. Referat: De von der Entente aus Reg. ausgehende Parteiführer Curt Jask. Thema: Völkerverbund und Völkervertrag.

Zähne 3 Mark! 5.- Mark mit echtem Friedens-Kautschuk. schöne, natürliche Farbe bei 5jähr. schriftlicher Garantie. Zahnziehen mit örtlicher Betäubung nach bewährter Methode...

Driefen-Biegel Heriden-Smololade Glas-Kauf See Erdien Vertilkerboden Bananemehl Störche F. P. A. Kauffmann Berlin S 14 Wallstraße 35-36

SPIRITUS-SPARLICHT MARLA 0,8 L 1 Liter Brennt 8 10 32 64 STUNDEN 180 80 30 15 KERZEN 124,25 101,95 83,30 67,85 MARK

Uhren, Perlen, Brillanten. G. Schliephacke, Friedrichstr. 210, 6de Stock.

Brillanten Perlen Juwelen Ballhausen, Friedrichstr. 155, 3. Stock.

Küchen. KÜHL-PIANOS. Verkauf direkt ab Fabrik-Magazin N 31, Watt tr. 17-18

Platin! Platin-Zähne nicht unter 10 M., Gold, Silber, Edelmetalle...

Preußische Klassenlotterie. Ziehung der I. Klasse: 13. und 14. Januar 1930. 468.000 Lose m. 214.000 Gewinnen u. 2 Prämien...

Verkäufe. 1400 Kleider, Verbrante, Kurze, Weißschneide, Reißbretter, Leinwand, Tücher, Bettdecken, Kissen, Decken, Handtücher...

Möbel. Möbel gegen Fort und Teilsahlungen in großer Auswahl zu billigen Preisen...

Musikinstrumente. Geigenbauwerkzeuge, Violinen, Gitarren, Klaviere...

Kaufgesuche. Silber, Gold, Schmuck, Uhren, Brillen, Perlen, Edelsteine...

Unterricht. Hauswirtschaftliche Vorbereitungen, Englisch, Französisch, Latein...

Arbeitsmarkt. Stellenangebote, Schreibmaschinen, Nähmaschinen, Kleider...